

# Beteiligungsportal kommt

**[31.01.2025] Die Einführung eines Beteiligungsportals hat in Rheinland-Pfalz jetzt der Ministerrat beschlossen. Dadurch wird das Bundesland auch Mitglied in der Länderkooperation des Beteiligungsportals Sachsen. Der Einstieg ist für das zweite Quartal mittels Pilotvorhaben geplant.**

In Rheinland-Pfalz hat der Ministerrat jetzt die Einführung eines Beteiligungsportals beschlossen. Dies dient der Digitalisierung von Verfahren zur Beteiligung von öffentlichen Stellen sowie der Öffentlichkeit. Umweltministerin Katrin Eder erläutert: „Die Einführung eines Beteiligungsportals Rheinland-Pfalz ist im Koalitionsvertrag als gemeinsame Aufgabe der Regierung verankert – folgerichtig wird es, und das freut mich persönlich sehr, als Gemeinschaftsprojekt der Regierung durch [Mdl](#) und [MWVLW](#) unter der Leitung des [Umweltministeriums](#) koordiniert. Digitale Beteiligungsformate können für verschiedene Aufgaben eingesetzt werden, beispielsweise auch für die Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren. Wir planen den Einstieg im zweiten Quartal 2025 mittels Pilotvorhaben. Wir sind davon überzeugt, dass die Einführung für alle Landes- und Kommunalverwaltungen signifikante Einsparpotenziale und zahlreiche Vorteile für Bürgerinnen und Bürger, Unternehmen sowie die Verwaltung mit sich bringt.“

Bisher sind digitale Beteiligungsformate in Rheinland-Pfalz lediglich dezentral in der Anwendung, teilt das Umweltministerium in seiner Presseinformation mit. Dezentral bedeute, dass sich Verwaltungsbeschäftigte bei Bedarf für eine digitale Öffentlichkeitsbeteiligung individuell durch eine Ausschreibung und eine Vergabe externer Unterstützung bedienen. Dieses Vorgehen sei mit einem entsprechenden Maß an Verwaltungsaufwand und Beauftragungskosten verbunden, weil bisher eine zentrale Anwendung im Land fehlte.

## Vorarbeiten bereits geleistet

2021 hatte das Innenministerium den ersten Test eines Beteiligungsportals vorgenommen. Für das Landesentwicklungsprogramm Rheinland-Pfalz habe das Ministerium über das Beteiligungsportal Sachsen unterschiedliche Beteiligungsschritte digital vollzogen. „Die positiven Erfahrungen aus dem Landesentwicklungsprogramm belegen, wie effiziente und transparente Prozesse durch die Nutzung eines zentralen Portals realisiert werden können. Darüber hinaus bietet die Plattform vielfältige Möglichkeiten – von informellen Dialogverfahren bis hin zur georeferenzierten Erfassung von Hinweisen –, die auch auf kommunaler Ebene große Potenziale für eine zukunftsfähige, bürgernahe Planung eröffnen“, betonte Innenminister Michael Ebling.

## Mitglied in der Länderkooperation des Beteiligungsportals Sachsen

Im Rahmen der AG „Beteiligungsportal RP“ wurden von den beteiligten Ressorts der Landesregierung 2024 Bedarfe und Nutzungsinteressen zusammengetragen. Von dieser Zusammenstellung leitete die Stabsstelle Digitalisierung des Umweltministeriums Nutzungsfallgruppen ab und eruierte mit weiteren Ministerien Nutzungszahlen und bewertete die Wirtschaftlichkeit eines zentralen Landesportals, heißt es in der Pressemeldung. Die Kosten und Nutzen eines Beteiligungsportals für das Land konnten so im

Vergleich zur bisherigen dezentralen Arbeitsweise positiv bewertet werden.

Rheinland-Pfalz wird durch den Beschluss Mitglied in der Länderkooperation des Beteiligungsportals Sachsen. Die Bereitstellung des Beteiligungsportals ist ein Angebot an die staatliche und kommunale Verwaltung. Jedes Ressort muss laut Ministerium die Eignung für unterschiedliche Anwendungsfälle eigenverantwortlich prüfen und gegebenenfalls fachrechtliche Vorarbeiten leisten. „Durch die Zusammenarbeit mit Bürgerinnen und Bürgern, Wirtschaft und Kommunen handelt der Staat effizienter und transparenter. Digitale Beteiligungsangebote leisten somit einen Beitrag für unser Land und den Standort Deutschland“, fasste Wirtschaftsministerin Daniela Schmitt zusammen.

„Die Digitalisierung von Beteiligungsverfahren ist ein wichtiger Schritt in Richtung einer modernen, bürgernahen Verwaltung und einer nachhaltigen Zukunft“, schloss Umweltministerin Katrin Eder.

(ba)

Stichwörter: E-Partizipation, Beteiligungsportal, Portale, Rheinland-Pfalz